



5. Motion Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne) und 5 Mitunterzeichnende "Polizeiverordnung in die Kompetenz des Gemeinderates" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 188/2012

Begründung Motion

Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne)

Es gehe ihm heute nicht um Inhalte sondern um Ordnungspolitik. Anlass sei zwar ein inhaltlicher, nämlich um die neuesten Änderungen der Polizeiverordnung, es störe ihn jedoch schon länger, dass die Polizeiverordnung durch den Stadtrat gemacht werde. Heute bestimme der Gemeinderat bspw. eine Papier- oder Grüngutsammlung. Jedoch nicht über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Rechte und Ordnung. Anders sei es in anderen Parlamentsgemeinden wie bps. Uster und Winterthur. Nur in Kloten, Adliswil und eben Dübendorf sei es anders. Es gehe in der Polizeiverordnung um das grundsätzliche Zusammenleben in dieser Stadt und sie könne eventuell schwerwiegende Entscheide in der Zukunft beinhalten. Wie in kaum einer anderen Gesetzordnung gehe es um Freiheit und Freiheitsbeschränkungen. Der Freiheitsbegriff werde immer wieder öffentlich in der Gesellschaft ausgehandelt und sehe auch immer wieder anders aus. (Bsp, Jugendkriminalität, Randständige auf der Strasse, o.ä.). Er führt als Vergleich die Stadt Chur auf, in welcher jeglicher Genuss von Alkohol auf den Strassen verboten sei. Es zeige, dass dies ein sehr heikler Bereich sei, der zu regeln sei. Er würde es begrüßen, wenn die Polizeiverordnung aus den genannten Gründen in die Kompetenz des Gemeinderates und somit der Bevölkerung komme. Er sagt nochmal, dass es ihm heute nicht um Inhalte gehe sondern nur um die Ordnungspolitik. Er sehe nicht ein, wieso der GR über so heikle Themen nicht entscheiden könne.

Stellungnahme Stadtrat durch Sicherheitsvorstand André Ingold

Er sei der Überzeugung, dass eine Kompetenzverschiebung nicht notwendig sei. Es habe jedoch ergeben, dass aufgrund des Legalitätsprinzips der Erlass der Polizeiverordnung kritisch sein könnte und könne sich darum vorstellen, sie dem Gemeinderat freiwillig zu unterbreiten. Eine Änderung der Gemeindeordnung lehne der Stadtrat aufgrund Unverhältnismässigkeit ab.

Allgemeine Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

„Mit einer Motion will Patrick Angele, unterstützt von der Fraktion der SP und Grünen, die Kompetenz für den Erlass und Abänderung der Polizeiverordnung neu beim Gemeinderat anstatt wie bisher beim Stadtrat ansiedeln. Die Fraktion der SVP hat sich eingehend mit diesem Ansinnen an einer Fraktions-sitzung befasst. Dabei interessierte uns die inhaltliche Argumentation stärker, als der Absender dieses Vorstosses. Wir stellten uns die Frage, welche Gründe für diese Motion sprechen würden und ob es allenfalls auch Gründe für den Verbleib der Kompetenz der Polizeiverordnung beim Stadtrat geben könnte. Die SVP macht sich bekanntermassen für die Volksrechte stark und es ist ihr Ziel, dass alles, was nicht gezwungenermassen bei der Exekutive angesiedelt sein muss, in die Kompetenz des Volkes, oder in diesem Fall der Legislative übertragen werden soll. Aus diesen Überlegungen sollte es eigentlich niemanden überraschen, dass wir die Motion von Patrick Angele und den Linken unterstützen. Wie eingangs erwähnt sind wir aus grundsätzlichen Überlegungen der Meinung, dass der Gemeinderat diese Kompetenz erhalten soll. Die Begründung, welche der Motion beiliegt, können wir voll und ganz unterstützen. Auch die Gemeinde, welche uns im Bezirk Uster in Grösse und Struktur am ähnlichsten ist, nämlich die Stadt Uster, hat diese Kompetenz beim Gemeinderat angesiedelt. Das zeigt, dass die Kompetenzerteilung für die Polizeiverordnung an den Gemeinderat keine aussergewöhnliche Machtverschiebung darstellt und von Dübendorf ohne Probleme auch so gehandhabt werden kann. Aus diesen Gründen wird die SVP der Motion Angele zustimmen. Einige kritische Gedanken zu diesem Geschäft muss ich dennoch anbringen. Nicht zu dieser Motion, sondern zu der Argumentation der Linken bei der Kompetenzaufteilung zwischen Gemeinderat und Stadtrat. Im Gegensatz zu der SVP, welche in dieser Frage eine geradlinige Meinung hat und auch einen solchen



Vorstoss der Linken ohne Berührungsängste aus grundsätzlichen Überlegungen unterstützen kann, offenbart diese Motion der SP und Grünen das inkonsequente Handeln dieser Kreise. Hier bei der Polizeiverordnung wird das Hohelied der Stärkung des Gemeinderates und der Bevölkerung gesungen, doch in einem Geschäft, welches von den gleichen Kreisen initiiert und nächstens hier im Rat debattiert wird, will die Ratslinke die Kompetenz des Gemeinderates und der Bevölkerung abschaffen. Sie haben erraten, von was ich spreche. Die Einbürgerungen von im Ausland geborenen Ausländern will die SP und die Grünen in die Kompetenz des Stadtrates verschieben, obwohl hier die gleichen Grundsätze gelten, wie bei der Polizeiverordnung. Da hat die Ratslinke keine Skrupel, dieses urdemokratische Recht dem Gemeinderat und der öffentlichen Kontrolle wegzunehmen und in die Dunkelkammer des Stadtratszimmers ohne öffentliche Kontrolle zu verschieben. Diesen Spagat in der Argumentierung werden wir an der absehenden Gemeinderatssitzung genüsslich thematisieren. Das zeigt auch, dass diese Motion von Patrick Angele nicht aus grundsätzlichen Überlegungen zustande gekommen ist, sondern die Betrachtungsweise der Linken von Fall zu Fall auch mit gegensätzlichen Argumenten einmal so und das nächste Mal wieder anders beurteilt wird. Hier haben wir es von der SVP mit dem grundsätzlichen Einstehen für die Volksrechte einfacher. Uns geht es um die Sache, nämlich dem Erhalt und der Stärkung der direkten Demokratie. Aus diesen Gründen wird die SVP der Motion Angele zustimmen.“

Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp)

Sie führt aus, dass eine Kompetenzverschiebung Diskussionen über Änderungen wie bspw. Spucken in der Öffentlichkeit ermöglichen würde. Jedoch würde sie das gesamte Verfahren erschweren und verlängern. Die GEU/glp-Fraktion unterstütze jedoch die Motion trotz dieses Mehraufwands, da die nötige Sensibilität mit heiklen Themen im Gemeinderat besser gewährleistet würde.

Abstimmung

Die Motion „Polizeiverordnung in die Kompetenz des Gemeinderates“ wird mit 35 zu 0 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragsstellung überwiesen.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin